Einzige zweimal täglich erscheinende Zeitung der Provinz Posen.

Mittwoch, 10. Juni 1914. | Mittag=Ausgabe. | Nr. 266. 53. Jahrgang.

Posener Tageblatt

Das Posener Tageblatt erscheint an allen Werktagen zweimal. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich in den Geschäftsstellen 3,00, in den Ausgabestellen 3,25, frei ins Haus 3,50, bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches 3,50 M.

Anzeigenpreis für eine kleine Zeile im Anzeigenteil 25 Pf., Reklamenteil 80 Pf. Stellengesuche 15 Pf. Anzeigen nehmen an die Geschäftsstellen Tiergartenstr. 6 St. Martinstr. 62 und alle Annoncenbureaus.

Fernspr. Nr. 4246, 3110, 3249 u. 2273.

Herausgegeben im Auftrage des Komitees des Posener Tageblattes von E. Ginschel.

Telegr.: Tageblatt Posen.

Zusendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitige Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

Stapellauf des Dampfers „Zeppelin“.

Auf der Werft des Bremer Vulkan in Vegesack fand am Dienstag in Gegenwart des Grafen Zeppelin und von Vertretern des Senats und der Bürgerschaft, der Handelskammer, vieler geladener Gäste, darunter die Rektoren der Technischen Hochschule in Stuttgart und der Universität Tübingen, sowie der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstandes des Norddeutschen Lloyds und der Vulkanwerft der Stapellauf eines für den Nordamerikadienst des Norddeutschen Lloyd bestimmten, etwa 16 000 Bruttoregistertonnen großen Passagier- und Frachtdampfers statt, den Graf Zeppelin auf den Namen „Zeppelin“ taufte.

Als der Graf die Taufkanzel betrat, kam ein schweres Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen zum Ausbruch, das während der ganzen Rede anhielt. Bei Donner und Blitz lief dann das Schiff unter brausendem Jubel der nach Tausenden zählenden Menge vom Stapel. Der Dampfer ist 173,5 Meter lang und 20,5 Meter breit. Er ist für 500 Kajütenreisende, 500 Passagiere dritter Klasse und 1500 Zwischendecker eingerichtet. Die Schlotteneinteilung und auch die übrigen Sicherheitseinrichtungen des Schiffes entsprechen den von der internationalen Konferenz zum Schutze des menschlichen Lebens auf See in London aufgestellten Forderungen.

Das Befinden des Großherzogs von Mecklenburg=Strelitz.

In einem Allerhöchsten Erlaß beauftragte der erkrankte Großherzog von Mecklenburg=Strelitz den **Erbgroßherzog** mit seiner **Stellvertretung** in den laufenden Regierungsgeschäften. Der Erlaß hat, wie die Landeszeitung meldet, folgenden Wortlaut:

Adolf Friedrich von Gottes Gnaden Großherzog von Mecklenburg usw. usw. **In Anbetracht Unserer Krankheit**, welche Uns vorübergehend an der Ausübung der Regierungstätigkeit hindert, beauftragen Wir Unseren **Sohn**, Seine Königliche Hoheit den Erbgroßherzog, bis auf weiteres mit Unserer **Vertretung** in den laufenden Regierungsgeschäften.

Gegeben Berlin, den 7. Juni 1914.

Die Rüstungskommission

ist bekanntlich am Montag wieder zusammengetreten. In dieser Sitzung wurden zunächst die Erörterungen über die Beschaffung der Bewaffnung und Munition für die **Infanterie** fortgesetzt. Hierfür lag ein ausführlicher **Bericht** des Mitgliedes des Reichstages **Grafen Westarp** vor.

In den Verhandlungen wurden mit besonderer Ausführlichkeit die Fragen der Preiskalkulation erörtert, insbesondere, inwieweit die errechneten Selbstkosten der staatlichen Betriebe und die Preise der Privatindustrie überhaupt vergleichbar seien, inwieweit für derartige Vergleiche gemeinschaftliche Grundlage fehlt, und ob durch die Aufmachung einer technischen Betriebskalkulation ein zweifelsfreies Urteil über das tatsächliche Verhältnis zwischen den Preisen der Privatindustrie und den Herstellungskosten der staatlichen Betriebe gewonnen werden kann.

Die Erörterungen hierüber sollen in einer **Subkommission** fortgesetzt werden, in die vom Vorsitzenden **Graf Westarp**, Erzberger, Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Duisberg und Geh. Baurat Dr.-Ing. v. Rieppel berufen wurden. Die Subkommission soll unter dem Vorsitz eines Vertreters der Militärverwaltung und unter Hinzuziehung geeigneter Sachverständiger diese Frage für eine bestimmte Militärwerkstatt im einzelnen durchprüfen und bis zum Wiederzusammentritt der Kommission darüber berichten. Vorbehaltlich des Ergebnisses dieser Prüfung herrschte ein allseitiges Einverständnis darüber, daß **das Nebeneinanderbestehen der staatlichen und privaten Gewehrfabrikation** aus militärischen Gründen, besonders mit Rücksicht auf den Mobilmachungsfall, sowie auch im Interesse der Preisbildung und Preiskontrolle **erwünscht** ist **und aufrechtzuerhalten** sein wird.

In der Nachmittagssitzung des 8. Juni sowie am 9. **Juni** beschäftigte sich die Kommission mit der Erörterung der **Geschützbeschaffung**. Hierbei wurden an der Hand des von dem Abgeordneten Erzberger umfassenden Berichts über die Bewaffung und die Munition für Feld- und Fußartillerie sowie Marinegeschütze, Umfang und Art der Lieferungen in den Rechnungsjahren 1905 bis 1912, die Güte des gelieferten Rüstungsmaterials und die Preise für Geschütze und Munition eingehend erörtert, ferner über den Betrieb in den technischen Instituten der Artillerie verhandelt, sowie **die Frage der Verstaatlichung der Geschützfabrikation und das Monopol der Firma Krupp** besprochen.

Die Ergebnisse dieser Verhandlungen werden zugleich mit dem Bericht der Kommission über ihre Tätigkeit im ganzen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Die Kommission wird ihre **Verhandlungen Anfang November wieder aufnehmen**, wobei insbesondere die noch ausstehenden Berichte über Bekleidung und Ausrüstung, Mundverpflegung, Grundstücksbeschaffung, Bauten, Fortifikation und Docks, Luftfahrzeuge sowie Schiffsbau und -Armierung zur Erörterung gelangen werden.

Im Anschluß an die Verhandlungen wurden die Geschoß- und Gewehrfabriken in Spandau besichtigt.

Das Wertzuwachssteuergesetz im Abgeordnetenhause

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

90. Sitzung vom Dienstag, 9. Juni.

(Schluß; Anfang s. Mittwoch=Morgenausgabe.)

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend weitere

Beschäftigung von Hilfsrichtern beim Oberverwaltungsgericht.

Die Regierungsvorlage gestattet die Zulassung von Hilfsrichtern beim Oberverwaltungsgericht bis 1917. Die Kommission hat diesen Zeitpunkt auf 1916 festgesetzt und verlangt in einer Resolution dem Landtage gesetzgeberische Vorschläge zur Herbeiführung einer organischen Geschäftsentlastung des Oberverwaltungsgerichts vorzulegen und zur Beseitigung der Überlastung des Oberverwaltungsgerichts nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß ohne Verzug alle im Geschäftsordnungswege möglichen Vorkehrungen getroffen werden.

Abg. **v. Bockelberg** (kons.):

Für eine vorübergehende Mehrbelastung des Oberverwaltungsgerichts wollen wir Abhilfe schaffen, soweit und solange dies erforderlich ist, darüber hinaus nicht. Der gegenwärtige Notstand ist durch die neue Reichsgesetzgebung hervorgerufen. Wir dürfen uns über die zu treffenden Vorkehrungen nur an das bereits vorliegende Tatsachenmaterial halten, und das sind die zu erwarten den Revisionsentscheidungen in Reichssteuer- und in Wehrbeitragssachen. Wir müssen deshalb die Geltungsdauer dieses Notgesetzes dem Bedürfnis entsprechend bemessen. Die Regierung hat in der Kommission ziffernmäßig den Nachweis geführt, daß tatsächlich bis zum 1. Oktober d. J. normale Zustände erreicht worden wären, wenn nicht die Reichsgesetzgebung eine neue Belastung gebracht hätte. Ich bitte, unserem Antrage zur Annahme zu verhelfen.

Abg. **Just** (natl.):

Wir werden für die Beschlüsse der Kommission eintreten. Dem Hilfsrichtertum muß sobald als möglich ein Ende gemacht werden.

Abg. **Reinhard** (Zentr.):

Wir erkennen gern die Tätigkeit des Oberverwaltungsgerichts und seine erfolgreiche und unparteiische Rechtsprechung an. Wir sehen ein, daß das Provisorium verlängert werden muß, aber wir haben uns nicht davon überzeugen können, daß diese Verlängerung bis zum Jahre 1917 ausgedehnt werden muß, sondern halten die Frist bis 1916 für lang genug. Deshalb treten wir für den Kommissionsbeschluß auf Festsetzung des Termins auf den 1. April 1916 ein.

Unterstaatssekretär Drews:

Ich kann nur wieder betonen, daß auch die Regierung das Hilfsrichtertum beim Oberverwaltungsgericht als etwas Anormales und grundsätzlich zu Vermeidendes ansieht. Man muß aber bei der Überlastung unterscheiden zwischen der dauernden Überlastung auf der einen, und auf der anderen Seite zwischen der außerordentlichen Überlastung, welche auf außerordentlichen Zeitumständen und gesetzgeberischen Maßnahmen beruht. Diese Überlastung wird ganz von selbst mit einem bestimmten Zeitpunkt ein Ende erreichen. Nun ist das Provisorium eingerichtet worden, um die aus einer nicht zureichenden Besetzung des Oberverwaltungsrichts entstehende Fülle von Resten aufzuarbeiten. Wenn dieser Rest aufgearbeitet worden wäre, so würde ganz von selbst das Hilfsrichtertum damit sein Ende erreichen. Sämtliche Reste würden aufgearbeitet sein, wenn nicht die Reichsgesetzgebung und das Wertzuwachssteuergesetz eine neue Grundlage für die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts gegeben hätten. Die Materie ist natürlich im Anfang der Geltung eines so komplizierten Gesetzes, wie des Wertzuwachssteuergesetzes, eine außerordentlich große. Die Welle hat vielleicht noch nicht ihren Höhepunkt erreicht. Sie wird aber allein wieder verlaufen. Jetzt droht uns eine zweite Woge aus dem Wehrbeitragsgesetz. Auch diese Welle ist eine einmalige. Entlasten kann man das Oberverwaltungsgericht nur, indem man ihm weniger zu tun gibt. Wird unser Vorschlag abgelehnt, so müßte die Regierung selbstverständlich nach anderen Mitteln suchen, um der Überlastung des Oberverwaltungsgerichts entgegenzuarbeiten. Wie das aber geschehen soll, wenn man nicht dem Oberverwaltungsgericht weniger zu tun geben will, ist mir rätselhaft. Man könnte daran denken, eine Vermehrung der Senate vorzunehmen. Aber das will man ebensowenig wie beim Reichsgericht, weil durch weitere Vermehrung der Senate unmöglich wird, die Rechtseinheit aufrecht zu erhalten. Nach den Erfahrungen, welche bei dem Ergänzungssteuergesetz gemacht worden sind, wird die Welle der Beschwerden, welche in derartigen Steuerangelegenheiten eingelegt werden, beim Oberverwaltungsgericht etwa nach 2½ Jahren wieder abflauen. Der Wehrbeitrag ist nun seiner ganzen Struktur nach der Ergänzungssteuer zum Verwechseln ähnlich. Es kann daher mit Sicherheit angenommen werden, daß nach 2½ Jahren, aber auch nicht früher, die Beschwerden wegen des Wehrbeitrages abnehmen werden. Es ist unter allen Umständen richtig und im allgemeinen Interesse zu wünschen, wenn bereits jetzt die Frist so bemessen wird, daß sie nachher nicht verlängert zu werden braucht. Ich möchte Sie deshalb nochmals dringend bitten, die Regierungsvorlage durch Annahme des Antrages Bockelberg zu erhalten.

Abg. **Lippmann** (Fortschr. Volksp.):

Die Regierung sagt, die Mehrbelastung des Oberverwaltungsgerichts würde nur 2½ Jahre dauern. Aber die Begründung widerlegt diese Behauptung. Die Regierung hat zugegeben, daß das jetzige Arbeitsmaß die Kräfte der Richter übersteigt. Darunter leidet die Rechtsprechung und leiden die Richter. Einen solchen Zustand kann man wohl für ein Jahr oder zwei Jahre, aber nicht für fünf Jahre ertragen, und mit den fünf Jahren wird noch kein Ende sein. Sollen wir aber wirklich das Hilfsrichtertum zu einer dauernden Institution machen? Genau wie jetzt eine Verlängerung des Gesetzes von 1911 verlangt wird, wird auch 1917 wieder eine Verlängerung verlangt werden. Mit der Würde eines obersten Gerichtshofes verträgt es sich aber nicht, wenn seine Geschäfte zu einem wesentlichen Teil von Hilfsrichtern erledigt werden. Wir haben erwogen, daß ein gewisser Notstand entsteht, wenn wir die Verlängerung des Hilfsrichtertums ablehnen. Wir müssen der Regierung eine Frist lassen, innerhalb deren sie organische Veränderungen des Oberverwaltungsgerichts vornehmen und mehr Richterstellen schaffen kann. Diese Frist haben wir in Übereinstimmung mit den Nationalliberalen auf 2½ Jahre bemessen, aber auch die Regierung aufgefordert, im nächsten Etat die nötigen Richterstellen anzufordern. Die Resolution der Kommission gibt im wesentlichen nur Anregungen für die organische Änderung; der Vorschlag, daß das Oberverwaltungsgericht einen selbständigen Etat erhält, dient der Würde des Oberverwaltungsgerichts. (Beifall.)

Abg. **Gamp=Oblath** (freikons.):

Nach meinem Antrage sollen als Hilfsrichter auch alle etatsmäßigen Beamten, die zur Bekleidung von höheren Ämtern befugt sind, einberufen werden können. Einer der Vorredner hat verlangt, daß als Hilfsrichter nur zugelassen werden darf, wer richterliche Qualität besitzt oder wenigstens lebenslänglich und unabsetzbar angestellt ist.

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.):

Wir sehen das Hilfsrichtertum für die größte Gefährdung des Maßes von unabhängiger Rechtsprechung an, welches in Preußen überhaupt möglich ist. Die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts, besonders in politischen Dingen, ist sehr unerfreulich; wir sind im Gegensatz zum Abg. Lippmann der Ansicht, daß die Rechtsprechung dieses Gerichts das Vertrauen der breiten Massen nicht erst zu verlieren braucht, sondern es längst verloren hat. (Zustimmung bei den Soz.) Wir werden gegen das Gesetz stimmen.

Die **§§ 1 bis 3** wurden nach kurzer weiterer Debatte in der Fassung der Kommission **angenommen**, die entgegengesetzten Anträge abgelehnt; ebenso wurde der Rest des Gesetzes angenommen.

Die von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen wurden angenommen.

Damit war die **zweite Beratung erledigt.**

In der sich sofort anschließenden **dritten Beratung** wurde das Gesetz unverändert nach den Beschlüssen zweiter Lesung im ganzen **endgültig angenommen.**

Die Wertzuwachssteuer.

Es folgte die erste Lesung des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zum § 1 des Reichsgesetzes über **Änderungen im Finanzwesen vom 3. Juli 1913.**

Die Vorlage bestimmt in § 1, daß das Recht zum Erlaß von ortsstatutarischen Vorschriften (Steuerordnung) für die Erhebung einer Wertzuwachssteuer nur den Kreisen, den Städten und denjenigen Landgemeinden zustehen soll, welche mehr als 5000 Einwohner haben oder in denen eine Wertzuwachssteuer schon vor dem 1. Januar 1911 in Kraft war. Weiter trifft der Entwurf Bestimmungen über die Veranlagung und event. Verteilung der Zuwachssteuer zwischen Landkreis und Gemeinde.

Abg. **Bartscher** (Ztr.):

Unter der Besteuerung nach dem Reichswertzuwachssteuergesetz leidet unser Wirtschaftsleben, insbesondere liegt der Baumarkt darnieder. Darunter haben viele Erwerbszweige, von Handwerkern und Arbeitern angefangen, zu leiden. Was in den Städten vielleicht angezeigt erscheinen mag, das ist auf dem flachen Lande noch lange nicht am Platze. Das Reich hat nun eingesehen, daß diese Steuer als Reichssteuer verfehlt war, und es hat daher im vorigen Jahre auf seinen Anteil verzichtet zugunsten der Finanzen der Kommunen. Bei dieser Gelegenheit hätte das ganze Gesetz umgearbeitet werden sollen. Das Reichsgesetz muß inhaltlich gründlich umgearbeitet werden. Ich beantrage, die Vorlage an die Kommission für das Kommunalabgabengesetz zu verweisen.

Abg. **Menzel=Dirschau** (ntl.):

Kein Gesetz hat soviel Mißstimmung nicht nur unter den Steuerzahlern, sondern auch bei den Steuererhebern verursacht wie gerade die Wertzuwachssteuer. Zudem stehen die Einnahmen in gar keinem Verhältnis zu den Kosten.

Abg. **Dr. Bredt** (freikons.):

Eine Wertzuwachssteuer ist nur haltbar, wenn sie sich in das Einkommensteuergesetz einpassen läßt. Aber sie ist jetzt sehr weit über das hinausgewachsen, als was man sie sich gedacht hat. Man kann wohl heute sagen, wir stehen vor einem vollständigen Trümmerhaufen der bodenreformerischen Ideen. Kein vernünftiger Mensch glaubt mehr daran, daß die Wertzuwachssteuer den Grund und Boden verbilligt. Ihr Ertrag beläuft sich nur auf rund 20 Millionen Mark. Die Wertzuwachssteuer bedeutet die Konfiszierung der Grundrente und die Sozialisierung des Privateigentums. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **v. Hennigs=Techlin** (kons.):

Wir wollen nicht, daß in der kommunalen Besteuerung die an den Grundbesitz gebundenen Bevölkerungskreise, die schließlich doch die produktiven Teile der Gemeinde sind, einseitig zur Entlastung der anderen herangezogen werden; wir wollen nicht, daß einseitig Steuern gerade für diejenigen eingeführt werden, die nicht abzuwandern in der Lage sind. Wird die Steuer wieder fakultativ, und wird sie wieder eine reine Kommunalsteuer, so kann sie unter Umständen sich sehr wohl bewähren. Auch wir sind für die Verweisung der Vorlage an die Kommunalabgabenkommission.

Abg. **Waldstein** (Fortschr. Vpt.):

Der Reichstag hat 1913 den anerkennenswerten Mut gehabt zu erklären, er halte das erst drei Jahre alte Reichszuwachssteuergesetz für verfehlt, für dermaßen verfehlt, daß er es aufheben wollte, wenn ihn nicht die Rücksicht auf die Gemeinden gehindert hätte. Der gesunde Kern, der der Zuwachssteueridee innewohnt, kann nur unter ganz eingehender Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse zur Reife gebracht werden, und das läßt sich auch nicht auf dem Wege von Normativbestimmungen für ganz Preußen erreichen. Die Steuer muß eine Kommunlsteuer sein. Mit Rücksicht auf die Gemeinden, die sich auf die Erträge aus dieser Steuer eingerichtet haben, hat das Reich seine Gesetzgebung nun so gestaltet, daß die Gemeinden wieder ihre frühere Freiheit erhalten. Wir sind damit einverstanden, daß der Entwurf der Kommunalabgabenkommission überwiesen wird.

Ministerialdirektor Dr. Freund:

Aus dem jetzigen Zustand, der durch Abänderung des Gesetzes 1913 hervorgerufen ist, kann man der Regierung keinen Vorwurf machen. Das Beste an diesem Gesetzentwurf, dessen Wert wir keineswegs hoch anschlagen (Heiterkeit), ist, daß er sich von Großzügigkeit fernhält. Wir wollen kein Staatsgesetz haben, es ist eine Materie, die voller lokaler Gesichtspunkte ist. Der Regierung wurde der Vorwurf gemacht, daß sie eine wilde Propaganda für die Wertzuwachssteuer gemacht habe. Davon ist keine Rede. Dieselbe Vorsicht gegenüber dem alten Gesetz, werden wir auch gegenüber dem neuen Gesetz walten lassen. Die vorgetragenen Bedenken werden sich in der Kommission beseitigen lassen. Die Regierung ist bereit, nach Möglichkeit entgegenzukommen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Dieser Gesetzentwurf hat weder einen Freund in der konservativen Partei, noch bei den Nationalliberalen, noch bei den Freisinnigen, ja nicht einmal bei der Regierung. Die Kommission wird dieses Gesetz sicherlich nicht zum Scheitern bringen, denn der jetzige Zustand ist den Agrariern unangenehmer als das neue Gesetz. Wir stellen fest, daß Sie auch hier wieder die Aufmerksamkeit von einem an sich richtigen Gedanken ablenken und Ihre agrarischen Portemonnaie-Interessen vertreten wollen.

Die **Vorlage** wurde der **Kommunalabgabenkommission überwiesen.**

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr: Zweite Lesung der Besoldungsvorlage. Schluß 7¼ Uhr.

Tagung des Reichsverbandes deutscher Städte.

(Eigener Bericht des „Posener Tageblattes.")

II. Hg. **Berlin, 9. Juni.**

Am heutigen zweiten Verhandlungstage nahm der Reichsverband deutscher Städte zunächst Stellung zum Entwurfe eines Ausführungsgesetzes zu § 1 des Reichsgesetzes über Änderungen im Finanzwesen vom 3. Juli 1913 (Zuwachssteuergesetz). Der Referent Bürgermeister Voß-Dülken (Rheinland) hatte dazu folgende Resolution vorgelegt. Der Reichsverband deutscher Städte wolle beschließen, den Landtag zu bitten, eine Änderung des Ausführungsgesetzes zum § 1 des Reichszuwachssteuergesetzes dahin eintreten zu lassen, daß 1.

die Wertzuwachssteuer

den kreisangehörigen Städten ungeteilt belassen werde, 2. den kreisangehörigen Städten die Pflicht auferlegt werde, eine den örtlichen Verhältnissen angemessene Zuwachssteuer einzuführen und 3. die Mitteilungspflicht der Amtsgerichte und Notare über Besitzveränderungen beibehalten werden möge.

Der Referent führte dazu aus, daß der in Frage stehende Gesetzentwurf ein völliges Versagen der Reichsgesetzgebung bedeute; er erklärte, daß dieser Gesetzentwurf für die kleinen Städte absolut unbrauchbar sei, höchstens könne er für die Städte, die nicht Kreisstädte seien, in Betracht kommen. Punkt 1 der Resolution wurde darauf ohne weitere Debatte angenommen, bei Punkt 2 erhob der Vorsitzende, Bürgermeister Saalmann-Pleß OS., Einspruch, denn es sei nicht angängig, daß die Städte, die selbst Organe der Selbstverwaltung sind, einen Beschluß faßten, der auf Beschränkung der Selbstverwaltung hinausgeht. Die Versammlung schloß sich dem an und lehnt den Punkt 2 der Resolution ab, worauf Punkt 3 ohne Debatte angenommen wurde.

Ferner wurde beschlossen, an den Preußischen Städtetag mit dem Ersuchen heranzutreten, er möge über die im Punkt 3 niedergelegte Bestimmung eine Eingabe im gleichen Sinne, wie sie hier vom Reichsverband deutscher Städte beschlossen wird, an das Abgeordnetenhaus richten.

Weiterhin behandelte der technisch-wirtschaftliche Sachverständige Emil Schiff-Berlin die Hauptmängel der

Konzessionsverträge in der Elektrizitätswirtschaft.

Die Wegebenutzungsverträge in der Elektrizitätswirtschaft bieten außerordentliche, grundsätzliche Schwierigkeiten, weil die Entwicklung schwer zu übersehen ist und das Gemeinwohl dem Erwerbsstreben des Unternehmers vielfach widerstreitet. Die Gemeinden sind beim Abschluß solcher Verträge begreiflicherweise im Nachteil gegenüber den Unternehmern, weil die Erfahrungen auf Seiten der Konzessionsunternehmer in der Hand weniger Personen vereinigt sind, während sie auf seiten der Gemeinden unter Tausenden zersplittert sind. Der Vortragende bezeichnete folgende Hauptmängel der Konzessionsverträge: 1. Unzureichende Abgrenzung des Konzessionsgebietes, sowie von Gegenstand, Art und Dauer der Konzession. 2. Mangelnder Einfluß der Gemeinde auf die Ausführung, den Betrieb, die Unterhaltung und die Erweiterung der Anlagen und auf die Einführung von Verbesserungen. 3. Mangelnder Einfluß auf die wirtschaftliche Gestaltung und Entwicklung des Konzessionsunternehmens. 4. Mangelhafte Bestimmungen über Beteiligung der Gemeinde an Einnahme oder Gewinn. 5. Mangelhafte Bestimmungen über die Ablösung der Anlagen durch die Gemeinde, insbesondere über den Gegenstand des Erwerbs und der Mitübernahme von Rücklagen und Schulden; ferner unzureichende Bestimmungen der Preisgrundlagen, schließlich ungenügende Festsetzungen über die Abschreibungen und die Verbuchung von Wertzugängen und -Abgängen, von Tilgung und Erneuerung. 6. Mangelnder Einfluß auf die Tarife und ihre Entwicklung nach Art und Höhe. 7. Mangelnde Bestimmungen über den etwaigen Heimfall der Anlagen, namentlich über den Umfang der Heimfallast, den Heimfall von Rücklagen und Betriebsvermögen und über Erwerb und Preisfestsetzung nicht kostenlos herauszugebender Anlageteile, weiter unwirtschaftliche, zur Vernachlässigung der Entwicklung und des Zustandes der Anlagen führende Überspannung des Heimfallgrundsatzes. 8. Mangelhafte Bestimmungen über Aufsicht und Einsicht, fehlendes Recht entsprechenden Eingriffes. 9. Unzweckmäßige Bestimmungen über die Entscheidung von Streitigkeiten, auch vorwiegend rechtlicher Fragen durch technische Sachverständige.

Dann behandelte Bürgermeister Schulz-Briesen i. Westpr. einige Kanalisationsfragen in Theorie und Praxis.

Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Tagung geschlossen.

Zum Theaterprozeß Schrumpf

wird aus München berichtet, daß Schrumpf — kaum glaublich, aber wahr — Berufung gegen das Urteil einlegen wird, so daß noch einmal der ganze Schmutz aufgerührt werden muß. Die Polizeidirektion hat sofort das von dem zur Sitzung eigens beorderten Beamten nachgeschriebene Stenogramm der Verhandlungen und das Urteil eingefordert und wird noch im Laufe dieser Woche. Direktor Schrumpf die Direktionsführung entziehen Eine Schließung des Theaters, wie vielfach angenommen und auch in der Presse behauptet wurde, ist von der Polizei nicht beabsichtigt. Der frühere Mitdirektor Braun wird aller Wahrscheinlichkeit nach den Bitten des Theaterpersonals folgen und die vorläufige Leitung der Bühne übernehmen. Interessant ist, daß sich, wie ein Münchener Blatt mitteilt, bereits 90 Schauspieler, Dramatiker, Schriftsteller usw. um den Direktorposten beworben haben.

Das neue französische Kabinett.

Delcassé Kriegsminister.

Das Kabinett Ribot hat sich endlich konstituiert. **Das Kriegsministerium hat Delcassé übernommen,** das Marineministerium Chautemps.

In der ministeriellen Erklärung, die Ribot am gestrigen Dienstag-Abend seinen Mitarbeitern vorlegte, wird bemerkt, daß das Dreijahrsgesetz erst vor einem halben Jahre angenommen sei, daß seine Anwendung kaum begonnen habe und daß sich in den Umständen, die zu seiner Annahme geführt hätten, nichts geändert habe, **daß daher das Gesetz nicht zur Diskussion gestellt werden könne.** In finanzieller Hinsicht werde die erste Aufgabe des Kabinetts darin bestehen, das finanzielle Gleichgewicht wiederherzustellen und eine Übereinstimmung der beiden Kammern über die Einkommensteuer, die in dem Finanzgesetz enthalten sei, herzustellen. Die Regierung werde nach dem Boden für eine Verständigung zwischen beiden Kammern über die Wahlreform suchen. Wenn diese Frage wieder aufgeworfen werde, gedenke die Regierung die Vertrauensfrage nicht zu stellen.

Die Presse.

Die gemäßigt-republikanischen und nationalistischen Blätter begrüßen das neue Kabinett mit lebhafter Befriedigung. Sie verhehlen zwar nicht, daß Ribot durch die Zusammensetzung seines Ministeriums genötigt sein werde, in seinem Programm den Radikalen mancherlei Zugeständnisse zu machen, erklären jedoch, daß die nunmehrige Gewißheit der Aufrechterhaltung des Dreijahresgesetzes ihre Bedenken zum Schweigen bringen müsse.

Der „Temps" schreibt: Es ist möglich, daß wir genötigt sein werden, gewisse Einzelheiten des Programms der neuen Regierung zu kritisieren; aber unsere Freude als Republikaner und Patrioten hebt uns darüber hinweg, denn wir wollen, daß Frankreich vor allen Dingen und um jeden Preis fortbestehe. In dieser Hinsicht bietet uns die Zusammensetzung des neuen Ministeriums alle wesentlichen Bürgschaften. Von diesen Männern ist nicht zu befürchten, daß sie unsere Grenzen öffnen und bezüglich der Kraft und des Kredits unseres Landes irgend einen Zweifel obwalten lassen. Denn wahrlich, seit Monaten fragen wir uns, ob wir noch Herren in unserem Hause sind, kosmopolitische Spekulanten führen nach einem methodischen und vereinbarten Plane einen hartnäckigen Kampf gegen unser Nationalvermögen, schrecken vor keiner Verwicklung und keinem Opfer zurück, um in den entlegensten Dörfern Verzweiflung und Furcht hervorzurufen. Es wäre höchste Zeit, diese antifranzösischen Treibereien zurückzuweisen. Die guten Republikaner, die in einem so schwierigen Augenblick die Zügel der Regierung ergreifen, mögen wissen, daß die ganze öffentliche Meinung mit ihnen ist.

Der allgemeine Ausstand in Italien.

In Rom

ruhte auch am gestrigen Dienstag **jeglicher Straßenbahn- und Droschkenverkehr. Alle wichtigen Gebäude waren wieder seit dem frühen Morgen mit Militär besetzt,** das im Laufe des Nachmittags eine umfangreiche Absperrung der Hauptplätze vornahm. Die Vorsorge der Sicherheitsbehörden und die musterhafte Haltung der Carabinieri und des Militärs haben es in den Nachmittagsstunden zu keinen ernsten Zwischenfällen kommen lassen. **Viele Geschäfte sind geschlossen.** Auch die Straßenreiniger streiken. Da **keine Blätter erscheinen,** sind die Ereignisse in der Provinz der Bevölkerung von Rom nur durch die hier eintreffenden Neapeler Blätter bekannt. Erst in den Nachtstunden ist als einziges römisches Blatt der syndikatsfreie „Popolo Romano" erschienen. **Der Streik soll in Rom** nach dem Beschlusse der Arbeitskammer **bis Mittwoch abend dauern.**

In den übrigen Städten.

Der allgemeine Ausstand zum Zeichen des Protestes ist ferner in folgenden Städten erklärt worden: Bari, Bologna, Brescia, Florenz, Forli, Genua, Livorno, Mailand, Modena, Parma, Pesaro, Pisa, Reggia nell' Emilia, Civitavecchia, Rodigo, Turin Venedig, Faenza, Como und Sampier d'arena. In mehreren der genannten Städte trat der Streik nur teilweise in Wirksamkeit. Die öffentliche Ordnung wurde im allgemeinen ohne ernste Zwischenfälle gesichert.

In **Florenz wurden Polizeibeamte heftig mit Steinen beworfen und mit Stöcken angegriffen, sodaß sie von der Waffe Gebrauch machen mußten.** Auf seiten der Angreifer wurde **eine Person getötet,** auch von den Polizeibeamten wurden mehrere verwundet, unter ihnen ein Offizier.

Auch in **Venedig** kam es zu mehreren Zwischenfällen. Ein Polizeibeamter wurde ziemlich schwer verletzt. In den übrigen Städten herrscht Ruhe.

In **Genua** wurden die Inhaber der offen gebliebenen Läden von den Ausständigen gezwungen, ihre Läden zu schließen.

In **Turin** fand eine Versammlung von mehreren tausend Personen statt, in der Proteststreden gehalten wurden. Nach Schluß der Versammluug durchzogen die Teilnehmer die Hauptstraßen und begaben sich darauf zur Arbeiterkammer. Auf der Höhe der Genovastraße spannten die Ausständigen zwei ihnen begegnenden Lastwagen mit Tabak die Pferde ab und bemächtigten sich kleiner Zigarettenkisten, mit denen sie die Fenster der Häuser und eines benachbarten Café einwarfen. Darauf verbrannten sie die kleinen Kisten. Schließlich wurde die Menge durch Kavallerie zerstreut.

In **Fabriano** fand der **Expreßzug** 601 von Ancona nach Rom kurz nach der Abfahrt von hier **die Linie durch Steine und Balken gesperrt.** Zahlreiche Personen standen auf den Schienen. Der Zug wurde gezwungen, zum Bahnof zurückzufahren. Auch von den folgenden Zügen ist hier keiner eingetroffen. Eine große Menge von Ausständigen befindet sich in der Nähe des Bahnhofes. Die Telegraphenleitung längs der Eisenbahn ist an verschiedenen Orten durchschnitten.

In **Bergamo** begaben sich die Ausständigen, nachdem sie es durchgesetzt hatten, daß sämtliche Läden und Etablissements der Stadt geschlossen wurden, nach Borgo Santa Caterina an der Eisenbahn durch das Brembanatal. Dort stellten sich Frauen zwischen den Schienen auf und brachten dadurch einen Zug zum Halten, dessen Fenster von der Menge zertrümmert wurden. Personen wurden nicht verletzt.

Von **Ancona** ist gestern nur der Expreßzug um 2 Uhr 25 Min. nach Bologna abgegangen. Die Züge auf der Linie nach Rom gehen bis Fabriano, die auf der Linie nach Bologna bis Falconara. Die **Kriegsschife „Pisa", „San Giorgio" und „Agordat" werden hier erwartet.**

Auch das Syndikat der Eisenbahnarbeiter von Ancona hat den Streik beschlossen und sich dem für die Dauer des Ausstandes gebildeten allgemeinen Arbeiterausschuß angeschlossen. Dieser Entschluß schürt die allgemeine Unzufriedenheit unter den Bahnarbeitern, doch wickelte sich der Zugverkehr auch gestern ordnungsmäßig ab.

In der italienischen Kammer

erklärte gestern Ministerpräsident Salandra in seiner Antwort auf die Interpellationen über die Zwischenfälle in Ancona, daß er erfahren habe, daß die Arbeiterkammern verschiedener Städte beabsichtigt hätten, auf Anregung der Arbeiterkammer in Ancona am 7. Juni, am Nationalfeiertag, antimilitaristische Kundgebungen zu veranstalten. Daher habe er die Präfekten angewiesen, diese zu verbieten. **Er übernehme die volle Verantwortung für diese Anweisungen.** (Lebhafter Beifall. Lärm auf der äußersten Linken.) Das Verbot dieser Kundgebungen sei in der Tat im gesamten Königreich ohne Zwischenfälle durchgeführt worden, außer in Ancona. Der Ministerpräsident gab dann einen Bericht der Ereignisse, wie sie sich am 7. Juni nach den bekannten Nachrichten zugetragen haben. Er hob hervor, daß die Karabinieri und der Polizeibeamte, die dabei Schüsse abgegeben hatten, sich in Haft befänden und zur Verfügung der gerichtlichen Behörden ständen. Ein nach Ancona gesendter Generalinspektor habe festgestellt, daß die Karabinieri geradezu einem Steinhagel ausgesetzt gewesen seien und angefangen hätten, zu schießen, nachdem mehrere von ihnen durch Steinwürfe verwundet worden waren. Der Ministerpräsident wies auf die Ausschreitungen hin, die sich gestern und heute in Ancona zugetragen hatten, sowie auf die gestrigen Kundgebungen in Rom und wiederholte zum Schluß, daß er die volle Verantwortung übernehme. Hierauf kritisierten zahlreiche sozialistische und radikale Abgeordnete, daß der Ministerpräsident die Kundgebungen für die Opfer des 7. Juni verboten habe.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte Ministerpräsident Salandra auf die Einwände verschiedener Redner, der Zusammenstoß in Florenz, bei dem **ein Bürger getötet** wurde, errege den Schmerz aller Italiener. Er teile diesen Schmerz als Minister und Mann von Herz. Mit Entrüstung weise er die Anschuldigung zurück, daß er durch seine Anweisungen die Suggestion zur Gewalt bei den Beamten erregt habe. Vielleicht hätten andere in dem Geiste der naiven und leicht zu beeinflussenden Volksmassen eine solche Suggestion hervorgerufen. (Sehr lebhafter Beifall auf der Rechten. Lärm auf der äußersten Linken.)

Neues von den Stimmweibern.

In der Kunstgalerie in Birmingham brachte eine Suffragette Dienstag nachmittag einem Bilde des Malers Romney mit einem Hammer schwere Beschädigungen bei. Sie wurde verhaftet.

Eine starke Polizeiabteilung drang Dienstag nachmittag in die Räume der Anhängerinnen des Frauenstimmrechts in der Tothillstraße in London ein und beschlagnahmte viele Schriftstücke. Mehrere Frauen, die sich in den Räumen befanden, erhielten die Erlaubnis, sich zu entfernen, nachdem sie vorher untersucht worden waren. Die Polizei blieb auf dem Grundstück.

Der „Tägl. Rundschau" wird zu den fortgesetzten Gewalttaten der Stimmweiber aus London geschrieben:

Ein hervorragender Arzt sprach sich dieser Tage öffentlich dahin aus, daß vom pathologischen Standpunkte aus diese Frauen nicht ins Gefängnis gehörten, sondern in die Irrenanstalten, wo sie festgehalten werden sollten, so lange es dem König gefalle. Andere hervorragende Männer des öffentlichen Lebens sprechen sich auf das entschiedenste dahin aus, daß die gewaltsame Zuführung von Nahrung unter allen Umständen aufzuhören habe. Man solle den Frauen Speise und Trank vorsetzen, so daß sie beides stets zur Hand hätten, und wenn sie sich weigerten, Nahrung zu sich zu nehmen, so solle man die Folgen auf ihre eigenen Häupter niederkommen lassen. Ich habe diese Meinung von Anfang an vertreten, und ich bin der festen Überzeugung, daß, wenn erst einmal ein halbes Dutzend von ihnen infolge ihres törichten Hungerns gestorben sein werden, die anderen sich wohl besinnen werden, bevor sie jenen folgen. Märtyrer werden damit nicht geschaffen. Das ganze hiesige Volk ist allmählich in solche Wut gegen diese Weiber versetzt, daß auch nicht das geringste Bedauern über diesen freiwilligen Tod von einigen von ihnen zum Ausdruck kommen würde. Andere befürworten öffentliche Züchtigung; allein dagegen bäumt sich doch das allgemeine Gefühl auf. Daß diese Weiber geistig nicht mehr normal und gesund sind, ist klar, denn sonst müßten sie doch allmählich einsehen, daß in diesem Lande das Frauenstimmrecht niemals Gesetz werden wird, ehe nicht diese Schandtaten vollständig aufgehört haben.

Albanien.

Die Lage in Durazzo

ist **unverändert.** In der Stadt herrscht Ruhe. In den letzten Tagen haben die Aufständischen wiederholt versucht, mit der Kontrollkommission wieder Verhandlungen anzuknüpfen. Aus Epirus wurden die dort nicht mehr erforderlichen Truppen, insgesamt 2500 Mann, nach Elbassan beordert, wo sie übermorgen eintreffen werden. Wie verlautet, steht Ahmed Bey Mati mit Truppen an der Grenze der Malissia zur Verfügung des Fürsten, um auf dessen Befehl gegen Tirana vorzudringen. **Um die aufständische Bewegung so rasch wie möglich zu unterdrücken, wird ein gleichzeitiges Vorgehen von drei Seiten, von Alessio, Durazzo und Valona geplant.** Der Vormarsch der Truppen dürfte noch in dieser Woche erfolgen.

Das Zeugenverhör in der Angelegenheit Murilchio-Chinigo ist abgeschlossen worden.

Zur Tagesgeschichte.

Die größte Beamtenvermehrung,

die je eine Reichsbehörde seit Bestehen des Deutschen Reiches in einem Jahre zu verzeichnen hatte, wird in diesem Jahre die Reichspost- und Telegraphenverwaltung aufzuweisen haben; denn es werden 1914 mehr als zehntausend neue etatsmäßige Beamtenstellen errichtet.

Den Hauptanteil an dieser Vermehrung hat die Schaffnerklasse mit 4500 neuen Stellen, dann folgen die Assistenten mit 2400 Stellen, die Post- und Telegraphengehilfinnen mit 1425 Stellen, die Unterbeamten in gehobenen Dienststellen mit 800, die Landbriefträger mit 400, die Post- und Telegraphensekretäre mit 120, die Oberpost- und Telegraphensekretäre mit 50, die Vorsteher von Postämtern 2. Klasse mit 30. Ferner werden bei der Zentralverwaltung und den Oberpostdirektionen neben einigen Stellen für höhere Beamte nach 13 neue Stellen für mittlere Beamte, 20 Stellen für Bureau- und Rechnungsbeamte 1. Klasse, 40 für Bureaubeamte 2. Klasse, 74 für Postgehilfinnen usw. geschaffen.

Die Aufwendungen der Postverwaltung für Besoldungen erfahren dadurch eine Erhöhung um mehr als 30 Millionen Mark und werden insgesamt über 329 Millionen Mark betragen.

Die Zurückberufung des Grafen Witte.

In Petersburger politischen Kreisen interessiert man sich lebhaft für die Pariser Meldung, daß Graf Witte plötzlich aus Biarritz nach Petersburg berufen worden sei, da man ihm wieder eine leitende

Stelle bei der Regierung anbieten wolle. Es sei auch nicht unmöglich, daß die Regierung eine Entente oder einen Bund durch Wittes Vermittlung mit Deutschland plane. Man hat in Petersburg in den höheren Sphären Aufklärung gesucht, aber nichts erfahren, wodurch die Pariser Pressemeldung begründet erscheinen könnte. Den Plan einer russisch-deutschen Entente bezeichnet man als Phantasie Es ist nur wahrscheinlich, daß die Regierung Witte zur Leitung der bisher völlig ungenügenden Vorbereitung der Erneuerung des Handelsvertrages mit Deutschland heranziehen will.

Deutsches Reich.

** **Der Kaiser** hat, wie kurz gemeldet, an die Witwe des ehemaligen Landwirtschaftsministers Frhrn. v. Hammerstein ein Beileidstelegramm gerichtet. Der Wortlaut ist folgender:

„Die Kaiserin und Ich sind von der Nachricht vom Hinscheiden Ihres allverehrten Herrn Gemahls, Staatsministers Frhrn. v. Hammerstein, sehr bewegt und sprechen Ihnen Unsere wärmste Anteilnahme aus. Dem Verewigten war es vergönnt, in seinem reichgesegneten Leben an hervorragenden Stellen dem Vaterlande Bedeutendes zu leisten. Er wird dem Vaterlande und in besonderer Weise seiner engeren Heimat unvergessen bleiben.

Wilhelm I. R.“

** **Der Kronprinz in Köln.** Der Kronprinz traf gestern (Dienstag) um 11 Uhr 15 Minuten mit den Herren des großen Generalstabes in Köln ein und ist im Hotel du Nord abgestiegen. Voraussichtlich wird er im Laufe des Nachmittags die Werkbundausstellung besichtigen und gegen Abend dem Kardinal von Hartmann, der von Rom zurückgekehrt ist, einen Besuch abstatten.

** **Der Minister des Innern von Loebell** empfing am Sonnabend eine Deputation der Lokomotivführer der Brandenburgischen Städtebahn zur Überreichung einer Adresse, in der dem Minister Dank ausgesprochen ist für die Fürsorge und Unterstützung, die er in vierzehnjähriger Tätigkeit als Vorsitzender der Brandenburgischen Städtebahn insbesondere den Lokomotivführern stets habe zuteil werden lassen.

** **Die nächste Sitzung des Herrenhauses** hat der Präsident des Herrenhauses auf den 15. Juni, nachmittags 2 Uhr, anberaumt. Am 16. Juni wird das Herrenhaus die Besoldungsvorlage verabschieden. Am 16. Juni wird die Session auf den 13. November vertagt werden.

th. **Der Seniorenkonvent des Abgeordnetenhauses** hielt gestern (Mittwoch) nachmittag eine Besprechung ab, in der Beschluß gefaßt wurde über die Einladung der Stadt Stettin zum Besuche des Stettiner Hafens am 18. Juni, über den Geschäftsplan der nächsten Woche und über die Diätenzahlung an die Mitglieder der Sommerkommissionen.

** **Zum Oberbürgermeister von Remscheid** wurde der Beigeordnete Hartmann-Duisburg gestern mit 41 Stimmen gewählt.

** **Die Ankunft Dr. von Hartmanns in Köln.** Am Dienstag nachmittag erfolgte der feierliche Einzug des Kardinals Dr. v. Hartmann von seiner Romreise in die festlich geschmückte Rheinmetropole. Bereits in Koblenz war der Kardinal von dem Kölner Festausschuß auf dem Festschiff „Kronprinzessin Cäcilie“ begrüßt worden. Gegen 6 Uhr abends landete das Festschiff in Köln. Zum Empfange hatten sich die Spitzen der Behörden, der Stadtklerus und eine große Menschenmenge eingefunden. Oberbürgermeister Dr. Wallraf hielt eine Begrüßungsansprache. Hierauf zog der Kardinal in feierlicher Prozession in den Dom, wo ein Tedeum abgehalten wurde. Für heute (Mittwoch) sind größere Feierlichkeiten in Aussicht genommen.

** **Ein österreichischer Willkommensgruß für den Großadmiral v. Tirpitz.** Die Wiener „Reichspost“ gedenkt in anerkennenden Worten der Bedeutung des Staatssekretärs v. Tirpitz für die Schaffung einer gewaltigen deutschen Flotte und sagt:

Wenn Deutschland heute Seegewalt besitzt, so dankt es sie in allererster Linie seinem Kaiser und seinem Großadmiral v. Tirpitz. In Österreich aber freut man sich aufrichtig, daß der Kaiser gerade von dem großen Flottenorganisator begleitet ist, wenn er diesmal nach Konopischt fährt. Österreich steht an einem Wendepunkt in seiner Flottenpolitik, und niemand hat der K. und K. Kriegsmarine, wenn sie sich jetzt kräftig zu entwickeln vermag, eine wärmere Förderung zuteil werden lassen, als ihr Admiral, Erzherzog-Thronfolger Ferdinand, der unserer Seewehr so viele neue Impulse gegeben hat. Unter dem fürstlichen Dache von Konopischt wird der große Organisator der deutschen Flotte ein lieber hochgeschätzter Gast sein, dessen Werk ganz Österreich zu ehren weiß.

Frankreich.

* **Der deutsche Botschafter Frhr. v. Schoen und Gemahlin** gaben am Dienstag zu Ehren der deutschen Teilnehmer des Internationalen Kongresses der Handelskammern und Handelsvereinigungen ein Frühstück, welchem u. a. beiwohnten: der Präsident des Reichstages Dr. Kaempf, der Vizepräsident des Reichstages Dove, v. Böttinger-Elberfeld, Andreä-Frankfurt a. M., Ravené-Berlin, Hänsel-Dresden, Münsterberg-Danzig, Richter-Berlin, Dr. Soetbeer und Professor Apt. Am heutigen Mittwoch findet in der Botschaft für die am Kongreß teilnehmenden deutschen Mitglieder und deren Damen ein Empfang statt.

Lokal- und Provinzialzeitung.

Posen, den 10. Juni.

Personalien. Der Regierungsassessor Maubach aus Berlin ist der Königl. Regierung in Posen, der Regierungsassessor v. Reden aus Filehne der Königl. Regierung in Frankfurt a. O. zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden. Dem Vorsteher der Strafanstalt zu Fordon Inspektor Tiemann ist der Amtstitel als „Strafanstalts-Oberinspektor“ verliehen worden.

X **Erledigte Rentmeisterstelle.** Die Rentmeisterstelle bei der Königlichen Kreiskasse in Schildberg, Regierungsbezirk Posen, ist zu besetzen.

X **Seinen 60. Geburtstag** feiert heute, Mittwoch, Oberregierungsrat Alfred Daum. 1854 als Sohn eines Rittergutsbesitzers zu Kielpin bei Wollstein, Kreis Bomst, geboren, besuchte er die Gymnasien in Züllichau und Lissa i. P., sowie die Universitäten Leipzig, Tübingen und Berlin zum Studium der Rechts- und Staatswissenschaften. Von 1879 ab war er als Gerichtsreferendar in Gostyn, Wollstein und Meseritz beschäftigt, seit 1881 als Regierungsreferendar bei der Regierung in Posen, 1885 als Regierungsassessor in Oppeln. 1887—1899 fungierte er als Landrat in Grätz, 1899—1903 als Regierungsrat in Posen; 1903 erfolgte seine Ernennung zum Oberregierungsrat. Er ist seit 1894 Besitzer des Rittergutes Chorzemin, Kr. Bomst, seit 1899 Mitglied der Landwirtschaftlichen Kommission für die Provinz Posen.

X **Genehmigte Verlosung.** Dem geschäftsführenden Ausschusse des Luxuspferdemarktes in Schneidemühl ist die Erlaubnis erteilt worden, gelegentlich des im Herbst dieses Jahres in Schneidemühl stattfindenden Pferdemarktes eine öffentliche Verlosung von Wagen, Pferden, Fahrrädern und Silbergegenständen zu veranstalten und die Lose in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

X **Der Wasserstand der Warthe** betrug hier heute früh unverändert + 0,06 Meter.

+ **Schwersenz,** 9. Juni. **Einen Selbstmordversuch** machte gestern der Drechsler Simon Luczak in seiner Wohnung. Infolge kürzlich erfolgten Ablebens seiner Frau ist er schwermütig geworden. Er wollte das hinterbliebene Kind umbringen und verletzte sich selbst mit einem Beil auf der Brust und mit einem Rasiermesser an der linken Pulsader. Luczak wurde in das Stadtkrankenhaus nach Posen gebracht.

Besitzwechsel in der Ostmark.

X **Buk,** 9. Juni. Wie bestimmt verlautet, sind die Fürstlich Reußschen Güter Niepruschewo und Otusch mit den Vorwerken Kalwi, Freudenau und Josephshof in Größe von 1986 Hektar für den Preis von 6 Millionen Mark nach langen Verhandlungen in den Besitz der Ansiedelungs-Kommission übergegangen. Die Übernahme erfolgt am 1. Juli, doch bleibt der bisherige Fürstlich Reußsche Domänenpächter, Rittergutsbesitzer Conrad Schindowski-Niepruschewo weiter Pächter bis zum Ablauf seiner Pachtperiode.

F. **Unruhstadt,** 9. Juni. Vorgestern feierte das Altsitzer Ruskesche Ehepaar in Wilze die **goldene Hochzeit;** dem Jubelpaar ist ein Kaiserliches Gnadengeschenk von 50 M. zugewiesen worden.

b. **Meseritz,** 9. Iniu. Den Ausgedinger Vinzent und Justine Waberskischen Eheleuten zu Kuschten ist zur Feier ihrer gestrigen **goldenen Hochzeit** ein Allerhöchstes Gnadengeschenk von 50 M. bewilligt worden, das ihnen durch den Pfarrer Freyer in Kuschten ausgehändigt worden ist.

* **Lissa i. P.,** 9. Juni. Ein **tödlicher Unfall** hat sich gestern abend auf dem Bahnhofe Garzyn zugetragen. Dort geriet der Hilfsschaffner Thomas aus Zaborowo zwischen die Puffer zweier Wagen, die ihm den Kopf zerquetschten. Er war sofort tot. Sie Frau und zwei Kinder betrauernnun den Heimgang ihres Ernährers.

f. **Witkowo,** 9. Juni. **Oberlandesgerichtspräsident Lindenberg** aus Posen unterzog das hiesige Amtsgericht einer Besichtigung. — In den letzten Tagen war in unserem Kreise vielfach **Feuer** ausgebrochen. Es brannte in Jelitowo, Huttawerder, Zydowo und in Neuzedlitz. Im letzten Orte wurde die Scheune des Ansiedlers Wenzel durch Blitzschlag in Brand gesetzt.

* **Aus Ostpreußen,** 6. Juni. Für die **Reichstagsersatzwahl in Labiau-Wehlau** werden, wie die „Hartungsche Zeitung“ erfährt, die Konservativen wahrscheinlich den Amtsrat Schrewe in Kleinhof-Tapiau als Kandidaten aufstellen.

Sport und Jagd.

sr. **Rennen zu Karlshorst,** 9. Juni. **Deutsches Hürdenrennen.** 12 000 Mark. 1. Lt. M. v. Boxbergs Flittergold (Jentzsch) 2. Exarch (Nash). 3. Orlow (B. Streit). — **Fürstenwalder Jagd-Rennen.** Ehrenpreis und 3000 M. 1. Rittmeister von Rosenbergs Voigt (Lt. v. Herder). 2. Kings Lowe (Lt. Frhr. v. Berchem). 3. Snowdons Knight (Lt. Prinz Bentheim). — **Märkisches Jagdrennen.** 10 000 M. 1. Lt. Prinz W. Schaumburg-Lippes Harzer (B. Streit). 2. Grace (Nash). 3. Nicht doch (R. Francke). — **21. Berliner Internationale Steeple-Chaise.** Ehrenpreis und 33 000 Mark. 1. Mons. M. Descazeaux Or du Rhin III (Mons. A. d. Fournous). 2. Sea Lord (Comte de Carcaradec). 3. Hugemart (Sign. Caraciola). — **Sommer-Handicap Hürden-Rennen.** 8000 Mark. 1. Th. Dieden's Bill Lang (Nash). 2. Voie Lacte (Martin). 3. Reichsritter (Theilen). Tot.: 97 : 10. Pl.: 28, 18, 29 : 10. — **Spreewald-Jagd-Rennen.** Ehrpr. u. 4000 M. 1. Rittm. v. Bachmeyr's Schlagwerk (Bes.). 2. Nuscha (Lt. Graf Kolck). 3. Fise Honours (Lt. Stresemann). — **Karlshorster Handicap.** 6000 Mark. 1. Fürst Hohenlohe-Oehringens Vinzi (Rastenberger). 2. Corinth (Warne). 3. Freund Fritz (Archibald).

Forst- und Landwirtschaft.

Saatenstand in Deutschland.

Für den Saatenstand in Deutschland Anfang Juni 1914 sind nach der Zusammenstellung des Kaiserlichen Statistischen Amtes, die für die einzelnen Staaten und Landesteile im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht wird, die Noten folgende (Nr. 1 bedeutet sehr gut, 2 bedeutet gut, 3 mittel (durchschnittlich), 4 gering, 5 sehr gering; die Zwischenstufen sind durch Dezimalen bezeichnet:)

	1914			1913
	Juni	Mai	April	Juni
Winterweizen	2,6	2,5	2,5	2.4
Sommerweizen	2,5	—	—	2.5
Winterspelz	2,3	2,2	2.3	2,4
Winterroggen	2,7	2,6	2,4	2,6
Sommerroggen	2.5	—	—	2,6
Sommergerste	2,4	—	—	2,4
Hafer	2,5	—	—	2,5
Kartoffeln	2,7	—	—	2,7
Klee	2,6	2,5	—	2,7
Luzerne	2.6	2,6	—	2.6
Bewässerbare Wiesen	2,3	2,2	—	2,1
Andere Wiesen	2,6	2,6	—	2.6

Neues vom Tage.

Berlin, 10. Juni.

§ **Schwere Gewitter.** Ein mehrstündiges Gewitter, das Dienstag abend über Groß-Berlin niederging, verursachte empfindliche Verkehrsstörungen, insbesondere auch durch Überschwemmungen. Der Blitz schlug mehr als zwanzigmal ein. Mit gleicher Macht wie in der Stadt selbst hauste das Wetter auch in der ganzen Umgebung Berlins.

§ **Der Wettersturz.** Aus mehreren Gebirgsgegenden Frankreichs wird starke Kälte und Schneefall gemeldet. In Paris ging Montag abend ein mit Hagel und Schnee verbundenes Unwetter hernieder. Die ungewöhnlichen Witterungsverhältnisse dauern noch an. Am Dienstag ging über Le Havre ein furchtbares Gewitter mit Schnee nieder. Der Schnee erreichte eine Höhe bis zu 7 Zentimetern. Viele Straßen sind überschwemmt.

§ **Die Ballon-Explosion in Sézannes** soll nach einer Meldung aus Epernay durch die Unvorsichtigkeit eines Rauchers hervorgerufen worden sein. Ein Knabe ist den erlittenen Verletzungen erlegen. Am Dienstag abend sind weitere drei Personen gestorben, darunter auch der Führer des Ballons. Zwei Verletzte liegen noch in lebensgefährlichem Zustande im Krankenhause.

Telegramme.

Das neue französische Kabinett.

Paris, 10. Juni. Ribot begab sich gestern abend um 7 Uhr zum Präsidenten, um ihm die Konstituierung des Ministeriums anzuzeigen. Manoury übernimmt das Ministerium für die Kolonien Abel das Arbeitsministerium. Die Minister werden heute in einem Kabinettsrat die Unterstaatssekretäre ernennen. Ribot wird dem Präsidenten die neuen Minister heute um 11 Uhr vorstellen. Die Regierungserklärung wird wahrscheinlich am Freitag in der Kammer verlesen werden.

Der allgemeine Ausstand in Italien.

Rom, 9. Juni. Am Abend erwarteten zahlreiche Arbeiter in der Umgegend der Arbeiterkammer die Beschlüsse des Komitees. Nach 8 Uhr wurden die Manifestanten von dem Sekretär der Kammer aufgefordert, sich zu entfernen. Als darauf ungefähr tausend Personen durch die Alessandrina-Straße marschierten, versuchten Polizei und Truppen, sie zu zerstreuen. **Die Grenadiere feuerten neun Schüsse in die Bevölkerung ab, worauf sich die Manifestanten zerstreuten.** Am Venezia-Platz wurde ein Teil der Menge von neuem auseinandergetrieben. Mehrere Polizeibeamte, Soldaten und Manifestanten trugen leichte Verletzungen davon.

Montenegrinische Grenzverletzungen in Albanien.

Durazzo, 9. Juni. Aus der Skumbi-Gegend sind hier Leute eingetroffen, um von der Regierung Schutz gegen die montenegrinischen Grenzüberschreitungen sowie Linderung ihrer Notlage zu erbitten.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

= **Zum Konkurs der Elbinger Vereinsbank** wird uns von der Ostbank für Handel und Gewerbe geschrieben: Herr Dr. Crüger, Anwalt des Verbandes der Schulze-Delitzschschen Genossenschaften, hat in der Verbandsversammlung in Allenstein die Ostbank für Handel und Gewerbe in Posen wegen ihres Vorgehens in Elbing bei dem Zusammenbruch der Elbinger Vereinsbank, e. G. m. b. H. angegriffen und eine öffentliche Erklärung hierüber verlangt. Es wäre wohl das richtigste gewesen, wenn er sich an den Vorstand oder den Aufsichtsrat der betreffenden Genossenschaft gewandt hätte, die ihm ohne weiteres jede und wahrscheinlich auch befriedigende Auskunft erteilt hätte. Es wäre ihm dann die Flucht an die Öffentlichkeit erspart geblieben. Die Mitteilung in den Zeitungen, wonach die Ostbank 25 Prozent und nach kurzer Zeit 50 Prozent den Depositeneinlegern auszahlt, ist nicht von ihr veranlaßt. Eine solche Erklärung ist auch niemals von der Ostbank abgegeben worden.

Zuckerberichte.

Hamburg, 9. Juni nachm. 2,10 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Prod. Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg für 50 Kilogr. für Juni 9.52½, für Juli 9.62½, für August 9,72½ für Oktbr.-Dezbr. 9.60, für Jan.-März 9,77½, für Mai 9,92½. Ruhig.

Hamburg, 9. Juni, abends 6 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg für 50 Kilogr. für Juni 9.50, für Juli 9,57½, für August 9,67½, für Oktober-Dezember 9,60, für Januar-März 9,75, für Mai 9,92½. Ruhig.

Paris, 9. Juni. (Schluß.) Rohzucker schwach, 88% neue Kondition 31½ à 31. Weißer Zucker schwach, Nr. 3 für 100 Kilogr., für Juni 34½, für Juli 34⅝, für Juli-August 34⅝, für Oktober-Januar 32¾.

Berlin, 10. Juni. Wetter: Warm, teilweise bewölkt.

Neuyork, 9. Juni. Tendenz: stetig. Canadian Pacificaktien 195⅞. Baltimore und Ohio 91,75, United States Steels Corporation 62⅜.

Neuyork, 9. Juni. Weizen für Juli 95⅝ für September 95, für Dezember 94⅛.

Köln, 9. Juni. **Rüböl** loko —,—, für Oktober 70.00. — Wetter: Bewölkt und regendrohend.

Hamburg, 9. Juni, nachmittags 2 Uhr. **Getreidemarkt. Weizen** stetig, Mecklenburg. und Ostholsteinischer 206—211. **Roggen** fest, Mecklenburger u. Altm. neuer 176—179, russ. cif. 9 Pud 10/15 Juni-Juli 124—126,50. **Gerste** fest, südruss. cif. Juni 122,50. **Hafer** stetig, neuer Holst. u. Mecklenbg. 167—170. **Mais** fest, Amerikanischer mixed cif. für Juni-Juli —,—. La Plata cif. für Juni-Juli 109,50. **Rüböl** ruhig, verzollt 67.50. **Leinöl** ruhig, loko 54,00, für Juli-August 55,50. — Wetter: Unbeständig.

Hamburg, 9. Juni nachm. 2,30 Uhr. **Kaffeemarkt.** Good average Santos für September 50,75 Gd., für Dezember 51,75 Gd., für März 52,00, für Mai 52,50 Gd. Ruhig.

Hamburg, 9. Juni, abends 6 Uhr. **Kaffeemarkt.** Good average Santos für September 50,75 Gd., für Dezember 51,50 Gd., für März 52,00 Gd., für Mai 52,50 Gd. Ruhig.

Ofen-Pest, 9. Juni, vorm. 11 Uhr. (**Getreidemarkt.**) **Weizen** fest, für Oktober 13,16, für April 13,32. **Roggen** für Okt. 9,63. **Hafer** für Oktober 7,94. **Mais** für Juli 7,74, für August 7,89, für Mai 7,40, Kohlraps für August 15,40. — Wetter: Schön und warm.

Antwerpen, 9. Juni. (Schluß.) (**Getreidemarkt.**) **Weizen** ruhig, für Juli 20,35, für September 19,52, für Dezember 19,57. **Gerste** für September 14,55, für Dezember 14,55, für Mai —,—.

Antwerpen, 9. Juni. **Petroleum.** Raffiniertes Type weiß, loko 21,25 bz. Br., do. für Juni 21,25 Br., do. für Juli 21,50 Br., do. für September 21,50 Br. Ruhig.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Amsterdam, 9. Juni. Java-Kaffee good ordinary 41,00.

Amsterdam, 9. Juni. Bankazinn 86,50.

London, 9. Juni. (Schluß.) **Standard-Kupfer** ruhig, 61¾, drei Monate 62⅜.

Glasgow, 9. Juni. (Schluß.) **Roheisen Middlesborough** warrants träge, 51/2.

Liverpool, 9. Juni, nachm. 4,10 Uhr. **Baumwolle. Umsatz** 6000 Ballen, davon für Spekulation und Export — Ballen. Tendenz: Ruhig.

Amerikanische middling Lieferungen: Stetig. Juni-Juli 7,26, Juli-August 7,26, August-September 7,14, September-Oktober 6,92, Oktober-November 6,82, November-Dezember 6,75, Dezember-Januar 6,73, Januar-Februar 6,73, Februar-März 6,73, März-April 6,74.

Telegraphische Fondskurse.

Breslau, 9. Juni. (Schluß-Kurse.) 3½prozent. Schlesische Pfandbriefe Lit. A. 87,85, 4proz. Poln. Pfandbriefe (5proz. Couponsteuer) 80,00, Bresl. Diskontobank-Akt. —,—, Schles. Bankv.-Aktien 151,25, Archimedes-Aktien 124,00, Bresl. Sprit-Akt.-Ges.-Akt. 445,00, Cellulose-Fabrik Feldmühle-Aktien 152,50, Donnersmarckhütte-Aktien 341,50, Eisenhütte Silesia Akt.-Ges.-Aktien 113,50, Hohenlohe-Werke Akt.-Ges.-Aktien 102,50, Kattowitzer Bergbau-Aktien 211,00, Königs- und Laurahütte-Aktien 148,50, Niederschles. Elektr.- und Kleinbahn-Aktien 154,00, Oberschles. Eisenbahnbedarf-Akt. 87,40, Oberschl. Eisenindustrie-Aktien 77,25, Oberschles. Koksw., Chem. Fabr.-Aktien 214,00, Oberschles. Portland-Zement-Akt. 158,00, Oppelner Zement (Grundmann) Akt. 153,00, Portland-Zement (Giesel) Akt. 153,00, Schles. Elektr.- und Gas Lit. A. Akt. 181,00, Schles. Elektr.- u. Gas Lit. B. Akt. 179,00, Schles. Leinenindustrie Kramsta Akt. 110,50, Schles. Zement (Groschowitz) Akt. 157,25, Schles. Zinkhütten-Aktien 345,00, Silesia Verein. chem. Fabrik-Aktien 170,00, Verein Freiburger Uhren-Fabriken 121,00, Zdunyer Zuckerfabrik-Aktien 150,00, Russische Banknoten 214,15. Fest.

Frankfurt a. M., 9. Juni, nachm. 2 Uhr 30 Min. 3prozent. Reichsanleihe 77,40, 3proz. Hessische Staatsrente 75,25, 4proz. Österr. Goldrente 85,00, 4proz. Österr. einh. Rente konv. in Kronen 81,00, 3proz. Port. unif. Anl. 3. Serie 65,70, 5proz. Rumänier amort. Rt. 03 100,20, 4proz. Russ. kons. Anl. von 1880 86,80, 4proz. Russ. Anl. 02 89,65, 4prozent. Serbische amort. Rente 95 78,70, 4proz. Türk. konv. unif. Anl. 03 —,—, Türk. 400-Francs-Lose ult. 164,00, 4proz. ung. Goldr. 81,10, 4proz. Ung. Staatsrente in Kronen 79,70, 5proz. Mex. äußere Anl. —,—, Berl. Handelsges. ult. 151,00, Darmstädter Bank ult. 116,25, Deutsche Bank ult. 239⅞, Diskonto-Kommandit ult. 187,25, Dresd. Bank ult. 149⅛, Mitteld. Kreditbank 116,00, Nationalb. f. Deutschland 109,10, Österr. Kredit ult. 190⅝. Reichsb. —,—, Rhein. Kreditb. 126,50, Schaaffh. Bankverein 109,20, Österr. Ung. Staatsb. ult. 150,50, Österr. Südbahn (Lomb.) ult. 18⅞, Ital. Mittelmeer —,—, Balt.-Ohio ult. 91⅞. Anat. E.-B. ult. —,—, Prince Henri ult. 148,00, Adlerw. Kleyer 332,00, Akkum. Berlin 307,70, Allg. Elektr.-Gesell. per ult. 243,75, Lahmeyer u. Co. —,—, Schuckert ult. 145,50, Alumin.-Industr.-Aktien 261,80, Bad. Anilin u. Sodafabrik 594,00, Höchster Farbw. 569,75, Holzverkohl.-Industr. Konstanz 305,70, Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik Peter 82,00, Kunstf. Frankf. —,—, Bochumer Gußstahl ult. 222,00, Gelsenk. Bergb. 183⅞, Harp. Bergb. 178,25, Westeregeln Alkaliwerk 192,80, Phönix Bergbau ult. 237⅞. Laurahütte ult. 148,00, Verein deutscher Ölfabr. 172,50, Privatdiskont 2¾, London kurz 20,467, Paris kurz 81,400, Wien kurz 84,750, Hamburger A. P. A. G. 128,00, Norddeutscher Lloyd 111⅜. Fest.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 190⅝. Diskonto-Kommandit 187,25. Fest.

Frankfurt a. M., 9. Juni, abends. (Abendbörse). (Schluß.) 4proz. Türk. unif. Anl. —,—, Türk. 400-Francs-Lose —,—, Berliner Handelsges. —,—, Darmstädter Bank —, Deutsche Bank 240,25, Dresdner Bank 149⅜, Diskonto-Kommandit 187,25, Nationalb. für Deutschland 109,75, Österr. Kreditanst. 190,75, Österr.-Ung. Staatsb. 150,50, Österr. Südb. (Lomb.) 18⅞, Baltim. Ohio 92⅛, Hamb. A.-P. A.-G. —,—, Nordd. Lloyd 111⅜, Allg. Elektr.-Ges. 244⅛, Schuckert 145,50, Bochumer Gußstahl —,—, Deutsch-Luxemb. Bergwerk 130,00, Gelsenkirchener Bergw. 183⅞, Harpener Bergb. 178,75, Phönix Bergbau 238,00, Laurahütte —,—. Fest. Geschäft allgemein lebhafter. Chemische Werte mäßig fester.

Aumetz Friede 159,50. Schantungbahn 131,50.

Nachbörse: Deutsch-Luxemburger Bergwerk 130,25.

Berliner Fondsbörse.

Berlin, 9. Juni. Die gebesserte Tendenz der großen Auslandsmärkte und besonders die Erholung, die der Pariser Effektenverkehr gestern aufzuweisen hatte, ließen die hiesige Börse bei allerdings wieder sehr stillem Geschäft heute in fester Haltung eröffnen. Insbesondere hatten Montanwerte Kursavancen zu verzeichnen, wobei die Spekulation auf den ein wenig freundlicher lautenden Bericht über die Situation des amerikanischen Eisenmarktes hinwies; zudem begegneten die schwebenden Syndizierungsverhandlungen im Stahlgewerbe wieder einmal einer etwas günstigeren Beurteilung. Im einzelnen gewannen die Aktien der Aumetz-Friede-Gesellschaft, der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerksgesellschaft, der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs- und der Oberschlesischen Eisenindustrie-Gesellschaft schon gleich bei Feststellung der Anfangsnotierungen je etwa 1 Prozent, während Phönixaktien, zunächst weniger im Kurse gehoben, kurz nach Börseneröffnung um ebensoviel anzuziehen vermochten. Am Markte der Elektrizitätswerte und der Schiffahrtspapiere kamen nur vereinzelte Kursnotierungen zustande, und diese wiesen den gestrigen Schlußnotierungen gegenüber auch nur geringe Veränderungen auf. Am Markte der Eisenbahnaktien kamen den Shares der Kanadabahn die höheren Wallstreetnotierungen zustatten. Russische Dividendenwerte tendierten neuerlich fester. Auch zeigte sich bald nach Börseneröffnung für einige Kohlenpapiere etwas Interesse zu anziehenden Notierungen, so für die Aktien der South West Africa Co., deren Dividendenschein pro 1913 morgen zur Abtrennung gelangt, und im freien Verkehr für die Anteile der Otavi-Minen-Gesellschaft. Im Verlaufe der Börse waren namentlich die Aktien der Oberschlesischen Eisenindustriegesellschaft und der Aumetz-Friede-Gesellschaft weiter im Kurse gebessert. In der zweiten Börsenhälfte wurde dann aber die Allgemeinhaltung unter dem Druck der herrschenden Geschäftsunlust schwächer.

Am Kassaindustrieaktienmarkt war die Tendenz nicht einheitlich, doch überwog die Neigung zu Realisationen, die sich besonders auf solche Aktien, bei denen eine Materialvermehrung durch junge Aktien bevorsteht, erstreckten. So gaben insbesondere die Aktien von Farbenfabriken nach. Auch sonst waren die sogenannten „Favoritpapiere" eher niedriger, so die Aktien der Daimler-Werke, der Ver. Glanzstoff-Fabriken und der Auer-Gesellschaft. Die Aktien der Rositzer Zuckerraffinerie gaben um 1½ Prozent nach. Die Dividendenschätzungen von „über 9 Prozent" werden für verfrühte gehalten, da das Geschäftsjahr erst Ultimo September schließt. Nachfrage trat auch heute wieder für die Aktien von Spritfabriken hervor. Die Aktien der Mühlenbauanstalt Seck waren bei größeren Umsätzen um 4½ Prozent höher auf eine Meldung, daß der Geschäftsgang bei der Gesellschaft günstig sei und daß diese über einen um ca. 400 000 M. höheren Bestand an Aufträgen als im Vorjahre verfüge. Die Aktien der B. Wittkop-Gesellschaft gewannen 2 Prozent auf eine Meldung, daß der Gesellschaft bei den Festungserweiterungsbauten in Graudenz mit einer anderen Baufirma zusamen ein Auftrag von mehreren Millionen Mark erteilt worden sei. Die Aktien der Ohles Erben-Ges. büßten weiter 10 Prozent ein. Von Brauereiaktien profitierten nur wenige von der heute eingetretenen warmen Witterung, andere, so die einiger Dortmunder Brauereien waren niedriger. Das Bezugsrecht auf die jungen Aktien der Höchster Farbwerke soll morgen zum ersten Male notiert werden. Es notierten höher: Wittkop 2, Höfel Brauerei 2, Deutsche Babcock 3, Egestorff Masch. 3,25, Jüdel 4, Seck Mühlenbau 4,50, Kammerich 3, Ventzki Masch. 2,50, Kohlendestillation 4, Breslauer Sprit 3, Hindrichs-Auffermann 2, Poppe u. Wirth 4, Spritbank 2, Eintracht Braunkohlen 7, Thiederhall 2, Langendreer 2,25, Nordd. Gummi 2, Ver. Hanfschlauch 2,25, Mechan. Weberei Linden 6,50, Ravensberger Spinnerei 3,25, Charlottenb. Chem. Werke 4. Es notierten niedriger: Dortm. Akt.-Brauerei 5,50, Dortm. Union-Brauerei 2, Oberschles. Brauerei 2,50, Aschaffenburger Papier 3, Nordd. Lederpappen 2,75, Daimler 3, Dürkopp 2, Kappel Masch. 2,50, Linke-Hofmann 2,50, Ohles Erben 10, Anilinfabrik Treptow 2,80, Deutsche Gasglühlicht 2, Norddeutsche Steingut 2,40, Rhein.-Westf. Sprengstoff 5,25, Akkumulatoren 2, Charlottenhütte 2, Donnersmarck 3, Rhein. Braunkohlen 2, Gebhard u. Co. 2, Ver. Glanzstoff 5, Bad. Anilin 7,25, Elberfelder Farben 5, Höchster Farben 8,25.

Am Geldmarkt war der Privatdiskont heute für beide Sichten unverändert. Er stellte sich nämlich für Wechsel mit kurzer Sicht auf 2⅞ Prozent und für langfristige Wechsel auf 2⅝ Prozent. Tägliches Geld war im Markt mit 1½ Prozent reichlich, bei der Seehandlung und der Preußenkasse mit 2 Prozent erhältlich. Der in der nächsten Woche beginnende Kuponsauszahlungstermin dürfte, soweit die Zahlungsverpflichtungen der Hypothekenbanken in Frage kommen, auf die Verhältnisse am Geldmarkt keinen nennenswerten Einfluß ausüben. Die meisten Hypothekeninstitute sind mit reichlichen Mitteln versehen, zumal da die Beleihungstätigkeit der Hypothekenbanken infolge des niedrigen Kursstandes ihrer Emissionspapiere sehr erschwert ist. Bei der jetzigen Bewertung der Hypothekenbankobligationen glauben die Hypothekenbanken 4⅝ Prozent Zinsen plus 2½ Prozent Abschlußprovision bei der hypothekarischen Ausleihung von Geld verlangen zu müssen; die Reichsversicherungsanstalt z. B. hat hingegen bekannt gemacht, daß sie zu 4⅜ Prozent plus 1 Prozent Geld gebe. — Am Devisenmarkte ging heute sofortige Auszahlung Petersburg wieder unter 214, nämlich auf 213,95. Scheck London war unverändert 20,50½, aber zu diesem Kurse heute überwiegend angeboten. Scheck Paris gab um 2½ Pfg. auf 81,45 nach.

Kurse gegen 3 Uhr. 3proz. Deutsche Reichsanleihe 77,31, 3proz. Buenos —,—, Russische Anleihe von 1902 89,87, Türkenlose 164,00, 4½proz. österr. Eisenb.-Anl. v. 1913 —,—, Kommerz- und Diskontobank 107,62, Darmstädter Bank 116,12, Deutsche Bank 239,75, Diskonto 187,12, Dresdner Bank 149,50, Berliner Handelsgesellschaft 150,62, Nationalbank 109,75, Schaaffh. Bankverein 109,12, Kreditaktien —,—, Wiener Bankverein —,—, Asow-Don Kommerzbank-Aktien 217,75, Petersburger Int. Bank 178,25, Russische Bank 149,87, Lübecker —,—, Baltimore 92,00, Kanada 198,62, Pennsylvania —,—, Meridionalbahn 108,76, Mittelmeerbahn —,—, Franzosen 150,37, Lombarden 18,75 Anatolier —,—, Orientbahn —,—, Prince Henry —,—, Schantung-Eisenbahn 131,37, Elektr. Hochbahn —,—, Große Berliner Straßenbahn —,—, Hamburger Paketfahrt 128,00, Hansa 251,00, Nordd. Lloyd 111,00, Hamburg-Südamerikan. 158,00, Dynamit Trust 166,25, South-West 115,25, Aumetz-Friede 159,37, Naphtha-Produktion 359,00, Bochumer 221,75, Oberschlesische Eisenindustrie Caro 78,87, Konsolidation —,—, Deutsch-Luxemburger 129,62, Gelsenkirchen 183,37, Harpener 178,37, Hohenlohe-Werke 106,00, Kattowitz 211,00, Laurahütte 147,75, Oberschles. Eisenbahnbedarf 88,25, Orenstein u. Koppel 169,37, Phönix 237,62, Rheinische Stahlwerke 160,50, Rombacher 155,25, Allg. Elektr. 244,00, Deutsch-Übers. Elektr. 177,00, Gesellschaft für Elektr. Unternehmungen 159,00, Schuckert 145,12, Siemens u. Halske —,—, Elektr. Licht und Kraft —,—, Türk. Tabakregie 229,00, Deutsch-Australische Dampferlinie —,—.

3 Uhr 10 Minuten. Reichsanleihe 77,30, Türkenlose 164,00, Deutsche Bank 239,75, Diskonto 187,12, Dresdner 149,50, Handelsgesellschaft 150,62, Schaaffhausen 109,12, Kredit —,—, Azow Don 217,75, Petersburger Internationale 178,37, Baltimore 92,00, Kanada 198,62, Lombarden 18,75, Orient —,—, Henry 148,00, Schantung 131,25, Große Berliner Straßenbahn 147,00, Hamburger Paketfahrt 128,00, Hansa 251,00, Nordd. Lloyd 111,00, Deutsch-Australische —,—, Aumetz 159,50, Bochumer Guß 221,75, Deutsch-Luxemburg 129,62, Gelsenkirchen 183,37, Harpener 178,37, Laurahütte 147,75, Phönix 237,50, Rombach 155,25, Allgemeine Elektr.-Gesellschaft 244,00, Schuckert 145,12, Siemens u. Halske —,—, Dynamit 166,25, Naphtha 359,50, South West 115,25, Türkische Tabakregie 229,00. Tendenz: Still.

Deutsche Anleihen.

Reichsschatzscheine p. 1. 8. 14	4	100,10 G.
" p. 1. 4. 15	4	100,30 G.
" p. 1. 5. 16	4	100,20 G.
Pr. Schatz p. 1. 4. 15	4	100,30 G.
" p. 1. 5. 16	4	100,10 G.
Deutsche Reichsanl.	3½	86,60 bz. G.
" "	3	77,40 B.
" "	4	—
Pr. kons. St.-Anl.	3½	86,70 bz. G.
" " "	3	77,40 B.
" " "	4	99,10 bz. B.
Bad. Staats-Anl.	4	97,30 G.
Bayr. Staats-Anl.	4	98,60 G.
Bremer Anleihe	3½	84,50 bz. B.
Dt. Pfdbrf.-A. Pos.	4	96,80 G.
Hess. St.-Anl. v. 99	4	—
Hamb. Staats-Anl.	3½	98,00 B.
" amort. 1900	4	97,90 G.
Lübecker Anleihe	3½	—
Berl. Staats-Oblig.	3½	97,50 G.
Ostpr. Pr.-Obl. 8—9	4	93,50 bz. G.
Posen Prov.-Anl.	4	93,60 bz.
" "	3½	83,25 G.
Pos. St.-Anl. I—III	3½	84,60 G.
" " 1900	4	96,20 G.
Pfandbriefe: Landsch. Zentr.	4	94,50 B.
" "	3½	86,70 bz. G.
" neue	3	76,80 G.
Ostpreußische	3½	85,10 bz. G.
Pommersche	3½	86,50 G.
"	3	76,25 G.
Posensche alte	4	101,25 G.
" D.	4	94,90 bz. G.
" E.	4	94,70 G.
"	3½	91,10 G.
" Lit. C.	3½	90,30 G.
" A.	3	82,25 G.
" B.	3	85,50 G.
" neue	4	94,40 bz. C.
Schl. altdeutsch	4	96,10 B.
" landsch. A	3½	87,80 G.
" landsch.	3	77,50 G.
Westpreuß.	3½	86,75 G.
Rentenbr.: Posensche	3½	85,80 G.
"	4	95,40 G.
Preußische	3½	86,00 bz.
"	4	95,50 G.
Schlesische	4	97,50 G.
Brschw. 20 T.-St.	—	204,00 bz. G.
Köln-Mind.-Prm.	3½	139,75 bz. B.
Hamb. Prm.-Anl.	3	—
Mein. Lose p. St.	—	38,40 bz. B.
Oldenburg. Lose St.	3	—

Hypotheken-Pfandbriefe.

Brl. abgst. Hyp.-Pdb.	4	92,50 G.
" "	3½	84,60 G.
" I u. II	4	93,50 bz. G.
" III/IV unk. 1915	4	93,50 bz. G.
" I unk. 1916	3½	87,50 bz. G.
Deutsche Grundkr. P. I	3¼	—
" II	3½	125,50 G.
Grdkr. S. III/IV	3½	101,70 bz. G.
" XVI u. XVIa	4	96,00 G.
" V	3½	85 25 G.
Dt. Hyp.-Pfdbr. VII	4	95,50 G.
" VIII	3½	85,25 C.
" XIX	4	96,50 G.
Hamb. unk. 1900	4	94,50 bz. G.
" " 1910	4	95,00 G.
" " 1908	3½	84,00 G.
Meckl. Hyp. 1909	4	93,80 bz. G.
" 1908	3½	83,25 G.
Meininger II, VI, VII	4	94,60 bz. G.
" VIII, IX	4	94,50 bz. G.
" konv.	3½	86,00 G.
" Präm.	4	—
Nordd. Grundkr. III	4	93,25 G.
" VII	3½	83,50 G.
Pr. Boden 1917	4	94,50 bz. G.
" " 1913	4	94,50 bz. G.
" " 1916	4	94,70 G.
" " 1911	3½	85,80 C.
" Bodkrd.-Pfdbr.	3¾	87,90 bz. G.
Pr. Zent.-Bod.-Pf. v. 1890, 1. 4., 1. 10.	4	93,70 bz. G.
Pr. Zent.-Bod.-Pf. von 1899, unkdb. 1909, 1. 1., 1. 7.	4	94,00 G.
Pr. Zent.-Bod.-Pf. von 1901, unkdb. 1910, 1. 1., 1. 7.	4	94,00 G.
Pr. Zent.-Bod.-Pf. von 1906, unkdb. 1916, 1. 1., 1. 7.	4	93,70 bz. G.
Pr. Zent.-Bod.-Pf. von 1907, unkdb. 1917, 1. 1., 1. 7.	4	—
Pr. Zent.-Bod.-Pf. von 1909, unkdb. 1919, 1. 1., 1. 7.	4	94,00 G.
Pr. Zent.-Bod.-Pf. v. 1886/1889, verschieden	3½	84,40 bz. G.
Pr. Zent.-Bod.-Pf. v. 1894/1896, verschieden	3½	84,40 bz. G.
Pr. Zent.-Bod.-Pf. von 1904, unkdb. 1913, 1. 1., 1. 7.	3½	84,60 G.
Pr. Kom.-Obligat. von 1901, unkdb. 1910, 1. 1., 1. 7.	4	95,40 G.
Pr. Kom.-Obligat. v. 1887/1891/1896 1. 4., 1. 10.	3½	86,10 G.
Pr. Kom.-Obligat. von 1908, unkdb. 1917, 1. 1., 1. 7.	4	95,60 G.
Pr. Hypth.-Akt.-Bk.	3,6	—
"	3,2	—
"	2,3	—
" abgst.	4½	119,40 G.
" "	4	92,50 bz. B.
" "	3½	84,40 bz. G.
" 1904 unk. 13	4	93,50 bz. G.
" 1905 " 14	4	93,50 bz. G.
" 1907 " 17	4	94,00 bz. G.
Pr. Pfandbriefbk. IX/X 1909	4	94,00 bz. G.
Pr. Pfdbrfbk. 1911	4	94,60 bz. G.
Pr. Pfdbrfbk. 1905	3½	87,50 G.
Rh.-Westf. Bod.-Cred.-B. Pfdbrf., auslosb., 1—9a	4	93,90 bz. G.
desgl. 1920, 12—12a	4	95,00 G.
" 1922, 13	4	96,00 G.
Schles. Boden alte	4	94,00 G.
" " 1907	3½	86,00 G.
Stettiner Nation. Pfdbr. abgest.	3½	86,80 B.

Ausländ. Staats- usw. Papiere.

Argentiner Anl.	4%	79,30 bz.
Bukarester St.-A.	4½	95,40 bz.
Bulg. Hypoth.-Anl	6	—
Chinesische Anl.	4½	89,40 bz.
Chinesische 1896	5	99,50 bz.
Griechische Consols	1,2	46,00 G.
Japanische Anleihe	4½	90,40 bz. G.
Italienische Rente	3½	—
" am. Rente	3½	—
Mexikan. 1899	5	—
Österreichische Gold-Rente	4	85,20 bz.
Papier-Rente	4½	—
Silber-Rente	4½	84,25 bz.
Kronen-Rente	4	81,50 G.
60 er Lose	4	—
64 er Lose	—	—
Portug. un. III	3	65,50 bz.
Poln. Pfandbriefe	4½	88,50 B.
Rum. am. Pfbr. alte	5	100,10 G.
" 1890 er	4	94,00 bz. B.
" 1891 er	4	88,50 bz. G.
Russische Konsols 1880	4	86,90 bz. B.
1890 er	4	—
1902 Staatssch.	4	89,90 bz.
Anl. 1905	4½	97,80 bz. G.
1864 Lose	5	—
1866 "	5	—
Serb. Rente	4	79,00 B.
Sofia Stadtanl.	5	93,25 G.
Türk. Anlage A	4	—
" Adm.-Anl.	4	76,60 bz. G.
" 400 Fr.-Lose	—	163,30 bz.
Ungarische Gold-Rente	4	81,40 bz.
Kronen-Rente	4	—
Staats-R. (97)	3½	70,50 G.
(Eis.T.) Ak.	3	70,00 G.
Lose	—	—
Wien. 1898 St.-Anl.	4	85,30 bz. G.
do. Invest.-Anleihe	4	84,80 G.
Macedonier Prior.	3	61,10 bz. G.
Österr. Südb.-Pr.	2,60	50,40 G.
Tehuantepec Nat.	5	84,50 bz. G.
Gr. Russ. Staatsbahn-Prior.	3	—
Kursk-Kiew	4	85,80 bz. G.
Mosk.-Kiew. Wrsch. unk. 1909	4½	94,80 G.
Mosk.-Rjäsan	4	86,25 bz.
" Smolensk	4	84,90 G.
" Wd.-Rybsk.	4	85,10 G.
Rjäs.-Kozlow	4	84,80 bz. G.
" Uralsk	4	—
" Uralsk 1897	4	85,00 bz.
Rss.-Südost.-Pr.	4	85,00 bz. G.
Rybinsk-Bolog	4	85,00 bz. G.
Transkaukaser Pr	3	—
Warschau-Wien	4	—
Wladikaw. 09	4½	—
" unk 1912	4½	94,60 bz. G.
" 1913	4½	94,70 bz. G.
St. Louis St. 1931	5	—
" Refund	4	72,30 bz. G.

Eisenbahn-Stammaktien.

Anatolier	5½	—
Baltimore u. Ohio	6	91,25 bz.
Canada-Pacific	10	198 25 bz.
Liegnitz-Rawitscher Stamm-Prior.	4½	—
Österr. Südb.-Akt.	0	—
Prince Henribahn	8	—

Ausländ. Eisenb.-Prioritäten.

Kasch.-Odbg. Silber	4	82,25 G.
Kronprinz Salzk.	4	88,75 bz. G.
Anatolier Prior.	4½	90,25 G.

Bank-Aktien.

Berl. Hyp.-Bank	6½	109,30 bz. G.
" Handelsges.	8½	150,60 bz. G.
Kom. u. Diskbank.	6	107,50 bz. G.
Danzig. Privatbank	7½	124,50 bz. G.
Darmstädter Bank	6½	116,00 bz. G.
Deutsche Bank	12½	240,00 bz. G.
Deutsche Effektenbank	6	111,75 G
Deutsche Hypothekenbank	8	151,80 G.
Diskonto-Kom.	10	186,90 bz. G.
Dresdener Bank	8½	149,00 bz. G.
Hannov. Bank	7½	136,60 G.
Landbank	0	80,00 G.
Magdebg. Bankverein	6⅔	113,75 G.
Meininger Hyp.	7	142,10 G.
Mitteldtsch. Krd.	6½	116,25 bz.
Nationalbk. f. D.	6	109,50 bz. G.
Nordd. Kreditanst.	7	119,50 G.
" Grd.-Kred.	6	112,00 bz.
Ostbank für Handel und Gewerbe	7	123,25 G.
Österr. Kred.-A.	10⅝	—
Petersb. Disk.	12,8	—
" Internat.	14	178,00 B.
Pr. Boden-Kred.	8	151,10 bz.
" Zentral-Bod.	9½	186,10 bz.
" Hyp.-Aktienb.	6	112,00 bz. G.
Prß. Pfdbr.-Bank	8	150,60 bz.
Reichsbank 3½ %	8,42	138,25 bz.
Russ. B. f. a. H.	11	149,75 bz.
Sächsische Bank	8	149,00 bz. G.
Schaaffh. Bankv.	3	108,80 bz. G.
Schles. Bodenkr.	8	152,75 B.
Warsch. Diskontv.	12	170,00 G.
Wien. Bankverein	8	—

Industrie-Aktien u. St.-Pr.

Hugger Brauerei	8½	139,00 G.
Sinner Brauerei	14	23,800 bz. G.
Reichelbräu "	11	224,00 bz. G.
Frankfurter konv.	7	122,00 G.
Adler Portl.-Zmt.	6	107,25 bz. G.
Allg. Elektr.-Ges. (v. D. Edison-G.)	14	243,60 bz.
Annaburg. Stgt.	7	118,22 G.
Baer u. Stein Metall	30	409,25 bz. G
Bendix Holzarb.	—	45,50 G.
Berl.-Anh. Masch.	9	132,00 bz. G.
" Elektr.-Werk	12	169,50 bz. B.
" Holz-Kont.	7	86,00 B.
Bresl. Spritfabr.	22	446,00 bz. G.
M. Schwartzkopff	16	269,00 bz. G.
Bismarckhütte	9	142,00 B.
Bochumer Bergw.	10	135,00 bz. G.
" Gußstahl	14	222,00 B.
Bresl. Elektr.	6	—
Chem. Werke Byk		—
Consolid. Bergw.	23	319,50 bz.
Deutsch. Jut.-Sp.	25	317,50 G.
" Gasglühlicht	25	561,00 bz. G.
" Steing.-Akt.	16	214,50 G.
Deutsch-Luxemburger Bergwerk	10	129,40 bz.
Donnersmarckh.	24	335,00 bz. G.
Duxer Porzellan	6	84,25 G.
Egestorff. Salz	11	168,00 G.
Elberfeld. Papierf.	0	—
Elektr. Licht- und Kraftanlagen	7½	128,00 B.
Elektr. Hoch- und Untergrundbahn	6	132,00 bz. G.
Flöther A.-G.	14	257,10 bz. G.
Fraust. Zuckerfab.	16	211,40 bz.
Friedrichssegen		—
Gelsenk. Bergwerk	11	183,80 bz.
Görlitzer Eisenbh	9	219,50 G.
" Masch. kv	5	66,50 bz.
Gr. Berl. Strßb.	8	147,00 bz. G.
Ges. f. elektr. Untn.	10	158,60 bz.
Gaggenau Vorz.-Aktien	4	70,30 G.
Hamburg-Amer.	10	127,75 bz. G.
Hallesche Masch.	28	367,25 G.
Hannover. Bau	0	57,90 bz.
Handelsgesellsch. für Grundbesitz	0	152,00 bz.
Harb.-Wien Gu.	6	128,25 bz. G.
Hark. Br. konv.	6	92,25 G.
" St.-P. konv.	7	115,25 G.
Harpen. Bergw.	11	178,25 G.
Harz. Wk. Akt.-B.	0	21,50 G.
Herbrand. Wgg.	10	150,10 bz. G.
Höchst. Farbwerke	30	573,75 bz. G
Hotel-Betr.-Ges.	—	143,00 bz.
" " Vzg.	—	104,10 G.
Howaldtswerke		
Hibernia Bergw.		—
Hofm. Waggon		—
Köhlmann Stärkf.	22	388,25 bz.
Köln. Bergwerk		—
Körting Gebr.	8	115,25 G.
Kg. Wilh. Bg. kv.	18	231,00 bz. G.
Kgl. Laurahütte	8	147,90 bz.
Leopoldsh. chem.	4	89,10 bz. G.
" 5% St.-Pr.	5	109,75 G.
Löwe u. Co.	18	312,00 bz. G.
Magdeb. Bergw.	38	495,00 G.
München Brauh.	7	110,50 G.
Niederl. Kohlen	—	215,50 bz. G.
Nordd. Lloyd	8	111,00 bz. G.
Obschl. Eis.-Bed.	4	87,90 bz.
" Eis.-Ind.	0	78,60 bz.
Ob. Kokswerke	17	213,60 bz.
Ob. Prtl.-Zem.	8	156,75 G.
Orenst. u. Koppel	—	169,50 bz. B.
Omn.-Gesellsch.		—
Oppelner Zement	10	151,60 bz. G.
Pauksch Masch.	0	—
Passage konv.	9	121,75 bz. G.
Phönix Bergw.-A.	18	237,50 bz. G.
Bank für Sprit	23	447,00 bz. G.
Chem. Fabr Milch	15	257,00 bz.
Pos. Straßenbahn	9½	170,00 G.
Rütgerswerke	12½	190,50 bz. G.
Schering Chem.-F.	15	232,00 bz. G.
Schles. Zinkhütte	17	350,00 bz. B.
" Leinen Kr.	3	110,50 bz. G.
Siem. u. Halske	12	213,25 bz.
Staßfr. chem.	9	143,75 G.
Stett. Chamott.	5	133,00 bz. G.
" Vulkan	—	124,50 bz. G.
Stöwer Nähm.	10	127,25 bz. G.
Stolb. Zinkakt.	7	115,50 bz. G.
Thiederhall	0	64,50 bz. G.
Ver. D. Nickelw.	—	294,25 G.
Westf. Drahtw.	10½	167,25 G.
Union chemische	18	204,25 bz.
Zuckerf. Kruschwitz	16	226,50 bz. G.

Obligationen.

Allg. Dtsch. Kleinb.	3	74,00 G.
Boch. Gelf. r. 102	4½	—
Gr. Berliner r. 100	4½	101,50 bz. B.
Krupp. Obligat.	4	99,00 bz.
Landbank rz. 103	4½	94,00 bz. G.
Siem. u. Halske	4	93,00 bz.
Ob. Eisenind. 4%	4	87,10 G.
Zool. Gart. rz. 100	4	—

Gold, Silber u. Banknoten.

Sovereigns p. Stück	20,45 bz.
20 Francs " "	16,30 bz.
Dollars	—
Engl. Banknot. p. 1 Lr.	20,45 bz.
Franz. " p. 100 Fr	81,45 bz.
Österr. " p. 100 Kr.	84,90 bz. B.
Russ. Bank. p. 100 R.	214,05 bz.
" Zoll-Coup. R. p. 100	321,40 bz.

Bankdiskont.

Berlin 4. (Lombard 5.) Amsterdam 3½. Brüssel 4. London 3. Paris 3½. Petersburg 5½. Wien 4.

Leitung: E. Ginschel. Verantwortlich: für den politischen Teil und die polnischen Nachrichten: Paul Schmidt; für das Feuilleton, den Handelsteil und den allgemeinen unpolitischen Teil: Karl Beeck; für die Lokal- und Provinzialzeitung: R. Herbrechtsmeyer; für den Anzeigenteil: E. Schrön. Rotationsdruck und Verlag der Ostd. Buchdruckerei und Verlagsanstalt A.-G. Sämtliche in Posen.